

Umrüstung: Ämter machen Ernst

Abgasskandal Die Stiftung für Konsumentenschutz rät Haltern von Autos, die vom VW-Abgasskandal betroffen sind, mit dem Software-Update zuzuwarten. Wer das macht, riskiert allerdings den Verlust der Zulassung, wie ein Beispiel aus Luzern zeigt.

Alexander von Däniken
alexander.vondaniken@
luzernerzeitung.ch

Es stank zum Himmel, was VW im Herbst 2015 zugeben musste: Weltweit war bei rund 11 Millionen Dieselfahrzeugen eine Manipulationssoftware eingebaut. Durch diese wurde der Stickstoffoxidausstoss im Testbetrieb niedriger angegeben als im Normalbetrieb auf der Strasse. In der Schweiz waren rund 180 000 Kunden vom Abgasskandal betroffen. Der Vorfall hatte zwei hauptsächliche Folgen: Der VW-Konzern ist bis heute mit Milliardenkosten und zahlreichen Klagen konfrontiert. Und die betroffenen Kunden müssen ihr Auto in die Garage fahren, um dort kostenlos ein Software-Update machen zu lassen. Wie die VW-Generalimporteurin Amag auf Anfrage erklärt, sind bereits über 97 Prozent aller VW-Marken umgerüstet, bei VW selbst 99,7 Prozent.

Derweil hat sich die Stiftung für Konsumentenschutz (SKS) eingeschaltet. Einerseits mit einer Klage gegen VW und Amag, der sich rund 6000 Autobesitzer anschlossen. Andererseits mit der Empfehlung an betroffene Autofahrer, mit dem Software-Update zuzuwarten. «Wir haben zahlreiche Meldungen erhalten, wonach die Fahrzeuge nach dem Update zu stottern begannen, weniger Leistung abrufen konnten oder mehr Treibstoff verbrauchten als vorher», begründet SKS-Sprecher Alex von Hettlingen. Den Nachweis zu erbringen, dass diese Mängel mit dem Software-Update in Verbindung stehen, sei im Einzelfall schwierig bis unmöglich. Allerdings sei die Zahl der Meldungen so gross, dass ein Zusammenhang bestehen müsse. «So ein Software-Update ist nicht unbedeutend und kann unberechenbare Auswirkungen auf die Motorfunktionen haben.» Das sei vergleichbar mit einem Update des Betriebssystems auf dem heimischen Computer.

«Ansonsten lassen wir Kontrollschilder einziehen»

Auf die SKS-Empfehlung beruft sich auch die Luzernerin Beate Vaerst. «Würden sich die Abgaswerte durch ein Update reduzieren lassen, würde ich dieses sofort machen lassen. Der VW-Konzern hat zwar zur Behebung des Abgasproblems ein Software-Update entwickelt, jedoch niemals konkrete Daten zu einer schadstoffreduzierenden Wirkung des Updates veröffentlicht», sagt Vaerst. Sie ging nicht auf die Aufforderungen der Amag ein, ihren VW Golf einem Software-Update zu unterziehen.

Anfang Februar erhielt sie einen Brief vom Luzerner Strassenverkehrsamt. Es fordert Vaerst auf, ihr Fahrzeug umgehend bei einem VW-Vertreter überprüfen zu lassen. Die Massnahme sei obligatorisch. «Ansonsten sind wir gezwungen, Ihre Kontrollschilder polizeilich einziehen zu lassen», heisst es im Schreiben, das unserer Zeitung vorliegt. Wenige Tage später folgte eine Rechnung in der Höhe von 50 Franken.

Spätestens, wenn wegen des Abgasskandals das Strassenverkehrsamt aktiv wird, sollte das Update gemacht werden. Dies macht Peter Kiser, der Leiter des Strassenverkehrsamts, deutlich. «Wir werden erst eingeschaltet, wenn der Kunde nach zwei bis drei Aufforderungen des Importeurs noch nicht reagiert hat.» Das Bundesamt für Strassen (Astra) habe die Strassenverkehrsämter als Vollzugsstellen definiert. «Wir haben



Die Stiftung für Konsumentenschutz rät davon ab: Software-Update bei Fahrzeugen des VW-Konzerns nach dem Abgasskandal. Symbolbild: Stefan Kaiser

«So ein Software-Update kann unberechenbare Auswirkungen auf die Motorfunktionen haben.»

Alex von Hettlingen
Stiftung für Konsumentenschutz

«Betroffene Fahrzeuge müssen umgerüstet werden, sonst droht der Entzug der Zulassung.»

Guido Bielmann
Bundesamt für Strassen

Wegen Software-Update: 400 Reklamationen bei der Amag

Die Schweizer VW-Generalimporteurin Amag hält auf Anfrage zu möglichen Problemen beim Software-Update fest: «Wir sprechen von über 1000 verschiedenen Softwareständen, die neu entwickelt werden mussten. Bei einigen wenigen gab es seitens Hersteller eine zweite Version, für welche die Fahrzeuge zum Teil ein zweites Mal in die Werkstatt geladen wurden», so Sprecher Dino Graf. Beim Importeur seien rund 400 Kundenbeanstandungen vermerkt. Das entspricht 0,2 Prozent aller betroffenen Fahrzeuge.

Mittlerweile seien über 97 Prozent aller Autos umgerüstet. «Bisherige Rückmeldungen zeigen, dass die Updates

grundsätzlich reibungslos verlaufen und die Kunden, die die Massnahme bereits durchgeführt haben, mit der technischen Lösung zufrieden sind und keine nachgelagerten Beanstandungen haben», so Dino Graf. Kein Verständnis hat die Amag für die Empfehlung der Stiftung für Konsumentenschutz. Die zuständigen Behörden hätten bestätigt, dass es nach dem Update zu keinen Verschlechterungen bei den CO₂-Emissionswerten, Verbrauch, Leistung und Geräuschemissionen verbunden seien. Dass die Autos an Wert verlieren, sei nicht richtig, da sie jederzeit gefahren werden konnten «und fahrtüchtig und sicher waren», so Graf. (avd)

hier keinen Spielraum», sagt Kiser. Er lässt aber durchblicken, dass er die Bedenken einzelner Abgasskandal-Betroffener durchaus nachvollziehen kann.

Zwar halte sich die Zahl von 119 Aufforderungen zur Instandstellung im Jahr 2018 für das Luzerner Strassenverkehrsamt noch in Grenzen. «Trotzdem bedeuten Rückrufe allgemein und der VW-Abgasskandal im Speziellen einen erheblichen Mehraufwand für uns», sagt Kiser.

Auch Bund schliesst Probleme nicht aus

Einen Spielraum gibt es auch beim Astra nicht. «Betroffene Fahrzeuge müssen umgerüstet werden, sonst droht der Entzug der Zulassung», bekräftigt Astra-Mediensprecher Guido Bielmann. Die Gefahr für die Umwelt sei höher zu gewichten als allfällige Probleme beim Update. Dass es diese geben könne, schliesst auch Bielmann nicht aus. «In den allermeisten Fällen verläuft das Update fehlerlos. Sollte es doch anders kommen, müssen die Halter nochmals zur Garage.» Auch die Rücksprache mit dem zuständigen Strassenverkehrsamt sei eine Möglichkeit.

Was sagt die Stiftung für Konsumentenschutz zur Tatsache, dass Bund und Kanton bezüglich Aufforderung aufs Gas-

pedal drücken? «In diesen Fällen würden wir den Haltern nicht empfehlen, weiter zuzuwarten», sagt Mediensprecher Alex von Hettlingen. Das ändere aber nichts daran, dass die SKS nach wie vor von der Gefahr durch das Update überzeugt sei. «Wir haben letzte Woche das Astra gebeten, die Strassenverkehrsämter anzuweisen, auf den Zulassungsentzug bei Fahrzeughaltern, die dem Update misstrauen, zu verzichten. Es ist stossend, wenn die von den betrügerischen Manipulationen Betroffenen nicht nur um eine Entschädigung kämpfen müssen, sondern zusätzlich mit dem Entzug der Verkehrszulassung abgestraft werden.» Die Luzernerin Beate Vaerst hat inzwischen sowohl gegen die erzwungene Umrüstung wie auch gegen die Rechnung Beschwerde eingelegt. Bisher gibt es laut SKS erst eine Handvoll Meldungen von betroffenen Haltern, die Post vom Strassenverkehrsamt erhalten haben; und zwar aus den Kantonen Solothurn und Luzern.

Der TCS empfiehlt betroffenen Haltern, das Update machen zu lassen. Ein angefragter, unabhängiger Verkehrsexperte, der anonym bleiben möchte, erklärt allerdings: «Ich kann die Skepsis einiger Halter durchaus verstehen. Bis jetzt wurde über das Update nicht transparent informiert.»